

Stellungnahme der Gruppe der Arbeitgeber

zum Berufsbildungsbericht 2008

Bildung ist in einem rohstoffarmen Land wie Deutschland ein Schlüsselthema. Zum einen geht es um Innovationsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit auf einem globalen Markt. Dies kann nur mit gut qualifizierten Menschen erreicht werden. In 2007 zeigte sich in einigen Branchen und Regionen ein zunehmender Mangel an gut qualifizierten Fachkräften. Verstärkt durch den demographischen Wandel wird der Fachkräftemangel mehr und mehr zu einer Wachstumsbremse in Deutschland. Zum anderen geht es um die Zukunftschancen der Menschen. Nur wer ausreichend auf die Anforderungen in Wirtschaft und Gesellschaft vorbereitet ist, kann selbstständig sein Leben gestalten und ohne dauerhafte Transferleistungen auskommen.

Es ist daher zu begrüßen, dass sich zahlreiche Initiativen die Stärkung der Bildung zum Ziel gesetzt haben: bildungsbereichsübergreifend die Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung; in der beruflichen Bildung der Innovationskreis Berufliche Bildung sowie der Innovationskreis Weiterbildung. Denn es bleibt die zentrale Herausforderung, die Potenziale der Menschen in Deutschland stärker zu entfalten. Für die berufliche Bildung heißt dies vor allem: Verbesserung der Eingangsvoraussetzungen der Jugendlichen (Stichwort: Ausbildungsreife), eine stärkere Verknüpfung mit anderen Bildungsbereichen (Stichwort: Durchlässigkeit), den Ausbau der Stärken des dualen Systems (Stichwort: Praxis- und Bedarfsorientierung) sowie – das hat insbesondere die positive Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt 2007 gezeigt – eine wachstums- und beschäftigungsförderliche Politik (Stichwort: Wachstumspolitik).

Ausbildungssituation deutlich verbessert!

Aufgrund der guten konjunkturellen Lage und des Engagements im Ausbildungspakt hat sich die Situation auf dem Ausbildungsmarkt – nach einer positiven Entwicklung bereits in 2006 – 2007 nochmals deutlich verbessert:

- Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist um 49.800 bzw. 8,6 Prozent auf 626.000 angestiegen. Gegenüber 2003 – dem Jahr vor dem Ausbildungspakt – ist dies ein Anstieg um 12 Prozent. 2007 ist damit der zweithöchste Stand bei den Ausbildungsverträgen seit der Wiedervereinigung erreicht worden.
- Die im Ausbildungspakt gemachten – mit der Paktverlängerung im März 2007 erhöhten – Zusagen der Wirtschaft sind deutlich übertroffen worden. So wurden 88.900 neue Ausbildungsplätze (Zusage: 60.000), 53.600 neue Ausbildungsbetriebe (Zusage: 30.000) und 43.250 Plätze für Einstiegsqualifizierungen (Zusage: 40.000) eingeworben.
- Die Zahl der bei den Arbeitsagenturen unvermittelt gemeldeten Bewerber konnte bis Mitte Januar 2008 auf 11.300 reduziert werden – ein Anteil an allen gemeldeten Bewerbern von 1,5 Prozent. Ihnen standen noch ausreichend Angebote zur Verfügung: 23.700 Ausbildungsplätze bzw. Plätze für Einstiegsqualifizierungen.

Für die Entwicklung der Ausbildungssituation in 2008 kommt es ganz wesentlich darauf an, wie sich die konjunkturelle Lage darstellt. Wichtig ist daher, dass die wirtschafts-, sozial- und arbeitsmarktpolitischen Reformen nicht zurückgedreht, sondern konsequent fortgesetzt werden.

Initiativen zur Stärkung der Bildung zu begrüßen!

Vor allem die Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung ist ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Bildung und damit zur Fachkräftesicherung in Deutschland. Entscheidend ist, dass nun gemeinsam mit den Ländern eine Gesamtstrategie entwickelt wird, die die bildungspolitischen Aktivitäten bündelt und weiter verstärkt.

Wichtig für die Stärkung der Ausbildung ist vor allem, an den Startbedingungen der Jugendlichen anzusetzen. Zu begrüßen ist daher, dass die frühkindliche Bildung weiter gestärkt werden soll. In der Schulbildung müssen die Anstrengungen zur Qualitätssicherung und Umsetzung der Bildungsstandards intensiviert werden, damit jeder Schulabgänger über das nötige Rüstzeug für eine Ausbildung verfügt. Ziel muss vor allem sein, die Quote der Schulabbrecher bis 2015 zu halbieren. Hierfür müssen von Bund und Ländern zeitnah konkrete Maßnahmen beschlossen werden.

Richtig ist zudem das Ziel der Qualifizierungsinitiative, die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsbereichen, insbesondere zwischen der beruflichen und hochschulischen Bildung zu verbessern. Denn es ist nicht akzeptabel, dass motivierten, leistungsstarken Absolventen der beruflichen Bildung der Zugang zu den Hochschulen derart erschwert wird, dass sie bisher weniger als ein Prozent der Studienanfänger stellen. Hier werden zurzeit Potenziale verschwendet. Gerade ein offener und transparenter Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte ist eine Chance, die unbedingt genutzt werden muss. Denn diese besonders motivierte Zielgruppe birgt die Gewähr, erfolgreich und zügig zu einem Abschluss vor allem auch in den auf dem Arbeitsmarkt gefragten MINT-Fächern zu kommen. Auch hier müssen Bund und Länder konkrete Maßnahmen ergreifen. Außerdem muss die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung gestärkt werden.

Ausbildungsbonus klar auf Leistungsschwache begrenzen!

Die Wirtschaft sieht den Ausbildungsbonus, wie im aktuellen Gesetzentwurf vorgesehen, kritisch. Je weiter die Zielgruppe des Bonus gefasst ist, um so mehr Mitnahmeeffekte und Fehlentwicklungen auf dem Ausbildungsmarkt sind zu erwarten. Die in diesem Sinne gegenüber dem ursprünglichen Gesetzentwurf vorgenommene Eingrenzung ist allerdings bei weitem noch nicht ausreichend – insbesondere bei der Ermessensleistung. So bleibt vor allem die Förderung der Einstellung von Hauptschülern – rund ein Drittel aller Ausbildungsanfänger – weiterhin uneingeschränkt als Pflichtleistung möglich. Bei der neuen Ermessensleistung sind sogar Abiturienten „bonusfähig“. Nach wie vor liegt damit das Potenzial für den Ausbildungsbonus bei über 300.000 Jugendlichen. Offenbar geht selbst die Bundesregierung nicht davon aus, mit dem aktuellen Gesetzentwurf eine klare Konzentration auf wirkliche „Problemfälle“ unter den Altbewerbern zu erreichen, wie ihre gleich bleibenden Schätzungen für die Kosten des Ausbildungsbonus belegen. Ein solcher Bonus würde vor allem die Unternehmen brüskieren, die sich in den letzten Jahren trotz wirtschaftlicher Probleme und ohne jeden Bonus im Ausbildungspakt engagiert haben.

Sinnvoll ist – statt eines breit gefassten Bonus – eine gezielte finanzielle Hilfe zur Integration leistungsschwacher Altbewerber mit individuellen personen- und eignungsbezogenen Vermittlungshemmnissen, die ohne zusätzliche Hilfe keine Chance auf einen Ausbildungsplatz haben. Die Zielgruppe muss daher unbedingt weiter eingegrenzt werden – insbesondere bei der Ermessensleistung.

Die Wirtschaft appelliert an den Bundestag, die Zielgruppe insgesamt auf Altbewerber zu begrenzen, die maximal über einen Realschulabschluss verfügen und bereits seit mehr als einem Jahr vergeblich auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz sind und individuell benachteiligt sind. Es muss alleiniges Ziel des Ausbildungsbonus sein, gezielte solche Jugendlichen zu erreichen, die ohne Eingliederungshilfe so gut wie keine Chancen für eine betriebli-

che Ausbildung erhalten. Ausschließlich Betriebe, die sich zur Ausbildung derart benachteiligter, leistungsschwacher Jugendlicher entschließen, sollten von den zusätzlich entstehenden Kosten entlastet werden. Die Finanzierung dieser Maßnahmen darf überdies nicht aus Beiträgen der Arbeitslosenversicherung erfolgen. Dies ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe für Jugendliche, die selbst noch nie Beiträge bezahlt haben und damit eine versicherungsfremde Leistung, die aus Steuermitteln zu finanzieren ist.

Transparenzinstrumente praxisnah gestalten!

Der Startschuss für die Umsetzung des Europäischen Qualifikationsrahmens (EQR) ist gefallen: Das Europäische Parlament hat im Oktober 2007 dem Vorschlag der Kommission für eine Empfehlung über die Einrichtung eines EQR zugestimmt. Die Empfehlung sieht u.a. vor, dass die Mitgliedsstaaten ihre jeweiligen nationalen Qualifikationssysteme bis 2010 an den EQR koppeln.

Damit dürfte sich auch der zeitliche Rahmen für die Entwicklung des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR) verschieben. Der DQR bietet die Chance, über alle Bildungsbereiche hinweg Qualifikationen anhand einheitlicher und gemeinsam entwickelter Beschreibungen zu kategorisieren und damit transparent und vergleichbar zu machen. Für die berufliche Bildung bietet der DQR damit erstmalig die Möglichkeit, die Gleichwertigkeit von in der Berufsbildung und an Hochschulen erworbenen Qualifikationen aufzuzeigen, ggf. auch eine Höherwertigkeit beruflicher Qualifikationen abzubilden. Voraussetzung hierfür ist die strikte Outcome-Orientierung des Rahmens. Neben dieser Kompetenzorientierung muss unbedingt sichergestellt werden, dass der Rahmen praxistauglich ausgestaltet ist. Denn über den Erfolg des Rahmens werden seine Anwender entscheiden – zu einem Großteil Betriebe. Ihre Einbeziehung in die Entwicklung des Rahmens bleibt daher ein Hauptanliegen der Wirtschaft.

Ein weiteres Instrument, das sich aktuell in Entwicklung befindet, ist ein Europäisches Leistungspunktesystem für die Berufsbildung (ECVET). Einen Vorschlag will die Kommission im Frühjahr 2008 vorgelegen. Aus Sicht der Wirtschaft ist hierbei das Verhältnis zu den bereits bestehenden europäischen Instrumenten, dem EQR und dem Leistungspunktesystem im Hochschulbereich (ECTS), von großer Bedeutung. Die verschiedenen Instrumente – die gemeinsame Ziele verfolgen – sollten sich ergänzen und nicht gegenseitig behindern. ECVET wird nur dann einen Mehrwert haben, wenn es kompatibel zu ECTS gestaltet wird – und damit die Durchlässigkeit zwischen Berufsbildung und Hochschule erleichtert – und als zusätzliches quantitatives Element eng in den EQR integriert wird. Auch darf ECVET keinesfalls zu einem bürokratischen und finanziellen Mehraufwand führen.